

## Ergebnisprotokoll

<b>Thema:</b>	<b>AG „Zukünftige Förderung von Jugendwerkstätten“</b> <b>hier: UAG-Sitzungen am 9. und 24. Februar 2012</b>		
<b>Datum:</b> 09.02.2012 / 24.02.2012		<b>Ort:</b> MS Niedersachsen, Hannover	<b>Uhrzeit (von – bis):</b> 10.00 - 13.00 Uhr
<b>Moderation:</b> BMAS, MS Nds., RD		<b>Teilnehmer/innen:</b> siehe Teilnehmerliste	<b>Verfasser:</b> Weger
<b>Protokoll erstellt am:</b> 27.02.2012		<b>Verteiler:</b> siehe Teilnehmerliste	
<b>Anlagen:</b>	Teilnehmerliste		

### Besprechungsergebnisse:

<b>TOP Nr.:</b>	<b>Ergebnisse</b>
<b>1.</b>	<p><b>Zusammenfassende Informationen zum Ablauf der UAG-Termine und zur Gestaltung des Protokolls</b></p> <p>Der Auftrag für die UAG bestand darin, vergaberechtliche Einzelfragen zu klären und ggf. ein „Grundgerüst“ für Vergabeunterlagen zu erstellen.</p> <p>Im Verlauf des ersten UAG-Termins am 09.02.12 zeichnete sich ab, dass in Verbindung mit der Klärung vergaberechtlicher Fragen auch die Voraussetzungen für die rechtmäßige Gewährung der Landes- und ESF-Zuwendungen zu besprechen waren.</p> <p>Im Rahmen des ersten Termins wurde eine Annäherung an das Gesamtkonstrukt der Maßnahme „Jugendwerkstatt“ im Rahmen einer intensiven Diskussion erarbeitet. Es zeigte sich, dass die verschiedenen Akteure und Interessenvertreter/-innen zum Teil noch unterschiedliche Vorstellungen zur Umsetzung und zum Gesamtkonstrukt hatten.</p> <p>Die Voraussetzungen, die für die rechtmäßige Gewährung der Zuwendungen des Landes und des ESF gegeben sein müssen, sollten in einem Zwischentermin mit Vertreter/-innen des zuständigen Referats des niedersächsischen Sozialministeriums, der N-Bank, der Regionaldirektion sowie dem Regionalen Einkaufszentrum NORD der BA final abgestimmt werden.</p> <p>Das abgestimmte Ergebnis diene als Grundlage für den notwendigen</p>

Fortsetzungstermin am 24.02.12. Im Rahmen dieses UAG-Termins wurden nochmals eingehend offene Fragen und mögliche Problemstellen im Prozess der Weiterförderung besprochen und grundsätzlich ausgeräumt.

Weiterhin wurden ausführlich die grundlegenden vergaberechtlichen Schritte auf dem Weg zur Weiterförderung ausgetauscht.

Aus Vereinfachungsgründen und im Interesse einer transparenten Struktur werden mit diesem Protokoll die Ergebnisse beider UAG-Termine zusammengefasst.

### **Weitere Gestaltung der gemeinsamen Finanzierung der Jugendwerkstätten**

Das Finanzierungsmodell des Gesamtkonstrukts „Jugendwerkstatt“ - aus Mitteln des SGB II, VIII, ESF und ggf. weiteren - wurde konkretisiert und ist als Anlage 1 angefügt.

Das Konzept „Jugendwerkstatt“ sieht vor, dass die unterschiedlichen Leistungen zu einem ganzheitlichen Angebot gebündelt werden (siehe auch Protokoll der UAG vom 09.12.2011). Dies ist ein zielgruppenadäquater Ansatz, da die jungen Menschen von reinen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten ebenso schwer erreichbar sind wie von reinen Jugendhilfemaßnahmen. Erst die Kombination von Beschäftigung, Qualifizierung, Bildung und Stabilisierung bietet eine passgenaue Unterstützung und schafft Synergien, die mit der jeweiligen einzelnen Maßnahme nicht zu erreichen wären. Land und SGB II-Träger finanzieren die jeweils nach dem einschlägigen Sozialgesetzbuch bzw. der Förderrichtlinie förderfähigen Leistungen. Ggf. fließen ergänzend Gelder Dritter (bspw. Stiftungen, kommunale Träger o.ä.) in die Finanzierung ein.

Die Fördermittel der verschiedenen Leistungsträger ergänzen sich zur Gesamtfinanzierung der Jugendwerkstatt. Die Voraussetzungen für eine Förderung mit Landes-/ ESF-Mitteln wären grundsätzlich gegeben.

Der Finanzierungsanteil des Jobcenters soll über ein Regelinstrument des SGB II / SGB III in die Jugendwerkstatt eingebracht werden. Grundsätzlich unterliegen diese Regelinstrumente der Ausschreibungspflicht. Zu weiteren Einzelheiten wird auf die Anlage zum Protokoll vom 12.12.2011 – Stellungnahme „Freihändige Vergabe“ beim Einkauf von Arbeitsmarktdienstleistungen (AMDL) vom 01.12.2011 – verwiesen.

### **Zur Möglichkeit der freihändigen Vergabe in Verbindung mit einer vorteilhaften Gelegenheit**

Das Vorliegen einer vorteilhaften Gelegenheit ist immer im Einzelfall zu prüfen. Die Konzepte der Jugendwerkstätten sind sehr unterschiedlich. Dies gilt auch für

Ausgestaltung der die Kosten einer Jugendwerkstatt beeinflussenden Faktoren (z. B. Teilnehmerzahlen, Zielgruppe, konzeptionelle Ausrichtung u. s. w.). Eine allgemeine Aussage zu der Frage, ab welcher Angebotshöhe von einer vorteilhaften Gelegenheit auszugehen ist, kann nicht getroffen werden. Entscheidend ist, dass die Beschaffung zu einem erheblich unter dem marktüblichen liegenden Preis erfolgen kann, als dieses bei einer Ausschreibung möglich wäre.

Die Einzelfallprüfung umfasst eine konkretisierte Leistungsbeschreibung des Jobcenters und ein Preisangebot der Jugendwerkstatt. Dabei ist zu beachten, dass unterschiedliche Leistungsbeschreibungen unterschiedliche Angebotspreise zur Folge haben können.

Die Leistungsbeschreibung wird durch das Jobcenter (bei gE ggf. unter Mitwirkung des beauftragten REZ) anhand der vorgegebenen Parameter des konkreten Basisinstrumentes erarbeitet. Hierzu könnte eine ggf. bereits vorhandene oder auch im Rahmen des moderierten Prozesses noch abzustimmende Leistungsbeschreibung genutzt werden.

Zum allgemeinen Verständnis wurde die Grundstruktur einer Leistungsbeschreibung anhand einer Maßnahme basierend auf einer „Aktivierungshilfe für Jüngere“ gem. § 45 SGB III vorgestellt (vgl. Anlage 2 „MUSTER – Beispielhafte Elemente einer Leistungsbeschreibung“).

**Schema „Ablauf der Weiterförderung im Rahmen einer freihändigen Vergabe i. V. m. einer vorteilhaften Gelegenheit“**

- Die Jobcenter als Auftraggeber legen eine konkrete Leistungsbeschreibung für die von ihnen benötigte Maßnahme „Jugendwerkstatt“ fest.
- Hilfestellung könnte ein noch zu erarbeitendes „Grundgerüst“ Leistungsbeschreibung Jugendwerkstatt bspw. für eine Maßnahme nach § 45 SGB III bieten.
- Im Falle der gemeinsamen Einrichtungen würde das ggf. beauftragte REZ das Vergabeverfahren durchführen (dazu gehört auch die Prüfung der Voraussetzungen für eine freihändige Vergabe i. V. m. einer vorteilhaften Gelegenheit), den Vertragsabschluss herbeiführen und die Vertragsdurchführung begleiten. Bei den Jobcentern in der Organisationsform „zKT“ wäre dies lokal eigenverantwortlich abzuwickeln.

**Zur Abrechnung des Trägers der Jugendwerkstatt mit N-Bank bzw. dem JC:**

Die Umstellung auf die einschlägigen Instrumente des SGB III bzw. SGB II ändert nichts am bisherigen Abrechnungsverfahren. Wie bisher erfolgt die Abrechnung gegenüber den finanzierenden Stellen.

	<p>Insbesondere hat die künftige Finanzierung - ggf. auf veränderter Rechtsgrundlage (bspw. § 45 SGB III n.F. anstelle bisher § 16d SGB II) - grundsätzlich keine Auswirkungen auf die laufenden Bewilligungsbescheide. Änderungen sind gegenüber der N-Bank - wie bisher- in den von der N-Bank verlangten Fällen anzuzeigen. Auswirkungen auf die laufende Bewilligung könnten sich ggf. bei gravierenden Anpassungen der Maßnahmen und ggf. Wegfall von Fördervoraussetzungen ergeben.</p>
<b>2.</b>	<p><b>Umsatzsteuerreglung</b></p> <p>Die RD Niedersachsen-Bremen stellt auf Nachfrage klar, dass die Bescheinigung über die Erfüllung der Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung gemäß § 4 Nr. 21 Buchst. a) Doppelbuchst. bb) des Umsatzsteuergesetzes nicht durch die Bundesagentur für Arbeit, sondern durch die zuständige Landesbehörde erfolgt.</p> <p>Zur Zeit steht die Bundesagentur für Arbeit mit den Ländern in Kontakt, um eine Verfahrensvereinfachung für das Erteilen der Bescheinigung über die Erfüllung der Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung gemäß § 4 Nr. 21 a) bb) UStG zu erreichen. Eine abschließende Regelung steht aus.</p>
<b>3.</b>	<p><b>Weiteres Vorgehen</b></p> <p>Für das weitere Vorgehen ist die abschließende Klärung und Entscheidung der offenen Frage zu der Art und dem zulässigen Umfang von sinnstiftender Beschäftigung in Maßnahmen nach § 45 SGB III erforderlich.</p> <p>Diese Thematik (u.a.) ist Gegenstand der Sitzung der Bund-Länder-AG Eingliederung SGB II am 8. und 9. März 2012.</p> <p>Die UAG-Mitglieder verständigen sich daher darauf, dass die nächste AG-Sitzung erst nach der Sitzung der Bund-Länder-AG statt finden soll.</p> <p>Soweit die für die Fortsetzung des moderierten Prozesses relevanten Fragen auf Bundesebene geklärt sind, wären im Rahmen einer UAG ggf. letzte Verfahrens- und Qualitätsfragen zu bearbeiten.</p> <p>Im Anschluss würden sowohl die Vertreter/-innen der Jobcenter als auch der Träger der JWS-Maßnahmen im Rahmen von gemeinsamen Informationsveranstaltungen zur Gestaltung der Weiterförderung auf der neuen gesetzlichen Grundlage informiert.</p>
<b>4.</b>	<p><b>Klärungen im Nachgang:</b></p> <p><b>Trägerzulassung bei öffentlichen Trägern</b></p> <p>Für die Frage, wer als Träger einer Maßnahme der Arbeitsförderung künftig eine Zulassung nach den §§ 176 ff. SGB III vorweisen muss, ist entscheidend, wer Träger nach dem SGB III sein kann. Nach § 21 SGB III sind Träger juristische Personen des Privatrechts oder des öffentlichen Rechts oder Personengesellschaften. Eine einzelne Abteilung innerhalb einer Gebietskörperschaft erscheint nach hiesiger</p>

	<p>Ansicht nicht als rechtsfähig und damit als keine juristische Person. Einzelne Abteilungen einer Gebietskörperschaft können daher weder Träger i.S.d. § 21 SGB III sein und Maßnahmen der Arbeitsförderung anbieten noch für sich allein eine Zulassung beanspruchen. Vielmehr handelt es sich bei den Trägern dieser Einrichtungen oder Abteilungen um die juristische Person des öffentlichen Rechts. Nur sie können Träger nach § 21 SGB III sein und Maßnahmen der Arbeitsförderung selbst durchführen oder durchführen lassen. Daher ist es folgerichtig - sowohl nach bisherigen als auch nach neuem Recht - wenn in diesem Fall die jeweilige Gebietskörperschaft die Zulassung für diese Abteilung beantragen kann. Eine Prüfung des gesamten "Apparates" der Gebietskörperschaft ist damit nicht verbunden.</p>
--	---